



Elendsviertel in Rio de Janeiro: Sozialer Humanismus?

hartes Austerity-Programm auf 41 Prozent im Jahre 1966 zu reduzieren.

Doch allein vom Januar bis zum September 1966 stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot um 96 Prozent, Fleisch um 94,4 Prozent, Reis um 80 Prozent.

Unterdessen blieb in den großen Städten der monatliche Mindestlohn bei etwa 160 Mark stehen — im armen Nordosten des Landes, in dem etwa 30 der knapp 90 Millionen Brasilianer leben, lag er bei durchschnittlich nur 35 Mark. Nach wie vor litt mehr als ein Drittel der brasilianischen Bevölkerung an chronischer Unterernährung, starben 150 von 1000 Neugeborenen vor dem ersten Lebensjahr, lebten die Landarbeiter im Nordosten praktisch wie Leibeigene.

Am 15. März 1967 trat der Ex-Kriegsminister da Costa e Silva die Nachfolge von Castelo Branco an. In seiner ersten Kabinettsitzung weinte der neue Staatschef vor Rührung, setzte „sozialen Humanismus“ auf sein Regierungsprogramm.

Doch auch mit „sozialem Humanismus“ änderte sich kaum etwas. Zwar verringerte die Regierung der Militärs im Jahre 1968 die Inflationsrate auf 24 Prozent, zwar konnte sie Exporte für 1,9 Milliarden Dollar und eine Zuwachsrate des Brutto sozialprodukts von 6,5 Prozent vorweisen.

Noch immer aber erhalten etwa 70 Prozent der Bevölkerung nicht den gesetzlich garantierten Mindestlohn. Unverändert kontrollieren ein Prozent der Grundbesitzer fast die Hälfte aller Ländereien. Forderungen nach sozialen Reformen gelten als subversiver Akt und werden unnachlässig verfolgt, seit im vergangenen Dezember die Ultras das Regime abermals zur Rückkehr auf die harte Linie zwangen.

„Es ist eine Illusion, zu glauben“, so warnte nach dem Rechtsruck von 1968 der Erzbischof von Recife, Dom Hélder Câmara, „daß die Augen der Masse geschlossen bleiben, wenn wir sie ihnen nicht öffnen.“

Bisher noch scheint die Masse mit geschlossenen Augen zu leben. Auf offenen Widerstand stößt das Regime nur bei den Studenten.

Als die Militärs Anfang Mai 26 Professoren und Wissenschaftler der Universität von São Paulo aus politischen Gründen entließen, traten sämtliche Studenten dieser wichtigsten brasilianischen Hochschule in den Vorlebensstreik.

MALAYSIA

RASSENKAMPF

Glückliche Gesellschaft

Tunku Abdul Rahman, Premier der Föderation Malaysia, wollte seinem Land ein Beispiel geben. Gleich nach seinem Amtsantritt demonstrierte der Prinz aus einem tausendjährigen malaiischen Sultansgeschlecht, wie er sich die Harmonie der Rassen vorstellte: Der Tunku adoptierte zwei chinesische Kinder.

Doch seinem Vorbild eiferten nur wenige Landsleute nach, und vergangene Woche entbrannte in einem der reichsten Länder Asiens der offene Rassenkrieg: In der Hauptstadt Kuala Lumpur stürmten braune Malaien die Geschäfte ihrer gelben Landsleute; die Chinesen stellten — wie auch in den Bundesstaaten Penang, Perak und Selangor — Bürgerwehren auf; bis zum Wochenende starben 200 Menschen.

Der Grund für die Chinesen-Hatz: Bei den — demokratischen — Wahlen am vorletzten Sonntag hatte die Mehrheit der über drei Millionen Malaysia-Chinesen erstmals für die Oppositionspartei „Gerakan Rai'at Malaysia“ gestimmt, die prompt der Regierungskoalition des Tunku in drei volkreichen Bundesstaaten die Mehrheit nahm.

Denn die Chinesen, bislang Koalitionspartner in der antikommunistischen Regierung des Tunku, fühlen sich vom 4,2-Millionen-Staatsvolk der Malaien geächtet.

Die leichtlebigen, bequemen Ureinwohner der südostasiatischen Halbinsel betrachten Malaysia als ihr eigenes Land. In den Chinesen, Indern und Ceylonesen, deren Vorfahren oft schon im vorigen Jahrhundert einwanderten, sehen sie allenfalls Gast-

arbeiter, gegen deren Tüchtigkeit sie sich bislang mit einer Barriere diskriminierender Privilegien schützten. So

- ▷ darf von fünf Stellen in Verwaltung und Politik nur eine von Nicht-Malaien besetzt werden,
- ▷ ist den Chinesen der Eintritt in die 28 000-Mann-Armee der Föderation praktisch versagt,
- ▷ wurde das Malaiische, das von Sprachforschern erst vor einem Jahrzehnt mit technischen und wissenschaftlichen Ausdrücken dem 20. Jahrhundert angepaßt werden mußte, zur Staatssprache erklärt.

Verwaltung und Armee blieben so in malaiischen Händen. Die tüchtigeren und fleißigeren Chinesen jedoch monopolisierten die Wirtschaft des Landes. Von den Banken in den Städten bis zu den Dorfläden im Dschungel kontrollieren sie den Handel.

Um die malaiischen Vorrechte in Malaysia nicht an die gelben Landsleute zu verlieren, verließen auch viele Malaien am vorletzten Sonntag den Mittelweg des Premiers Tunku Abdul Rahman. Mit Hilfe der radikalen „Pan-Malaiischen Islamischen Partei“ wollen sie sich gegen die Chinesen behaupten.

Schon einmal hatten sich die Malaien einer gelben Gruppe entledigt: 1965 zettelten braune Rassisten im Stadtstaat Singapur Unruhe an und forderten die Verhaftung des Chinesenführers Lee Kuan Yew, den sie als potentiellen Premier fürchteten. Singapur, zu 80 Prozent von Chinesen bewohnt, machte sich selbständig.

Einen weiteren — und endgültigen — Zerfall seiner „glücklichen, multi-rassischen Gesellschaft“ will Premier Tunku Abdul Rahman um jeden Preis vermeiden. Letzten Mittwoch setzte er die Verfassung außer Kraft und befahl seinen malaiischen Polizisten und Soldaten, auch auf rebellierende Malaien zu schießen.



Malaysia-Premier Rahman
Harmonie der Rassen?